

Dringliche Fragen

**für die Fragestunde der 42. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. Juni 2006**

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP) Aus welchen Gründen hat der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, es für notwendig gehalten, auf die Aussagen des SPD-Fraktionsvorsitzenden, Dr. Peter Struck, zur Mehrwertsteuererhöhung (Frankfurter Allgemeine SONNTAGSZEITUNG vom 25. Juni 2006) zu reagieren (AP vom 24. Juni 2006)?

2. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP) Waren dem Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, die Aussagen des SPD-Fraktionsvorsitzenden, Dr. Peter Struck, in der „Frankfurter Allgemeine SONNTAGSZEITUNG“ vom 25. Juni 2006 vor Erscheinen der Zeitung bekannt?

Geschäftsbereich des Auswärtiges Amtes

3. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwieweit treffen Medienberichte zu, dass den für eine Teilnahme an der ersten Straßenfußballweltmeisterschaft (streetfootballworld) angemeldeten Spielern aus Ghana und Nigeria die Visumserteilung für eine Einreise in die Bundesrepublik Deutschland versagt wurde, und inwieweit sieht die Bundesregierung dadurch die vorangegangene Förderung der Projekte durch Bundesministerien und Botschaften als wirkungslos an?

4. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung in dem Ablehnungsgrund, dass die Kinder aus zerrütteten Verhältnissen stammen und von daher eine Rückkehrbereitschaft nicht gesichert sei, einen Widerspruch zu den Zielen und Grundvoraussetzungen des Gesamtprojektes, das genau mit Jugendlichen arbeitet, die infolge von AIDS-Pandemie, Arbeitslosigkeit und Gewalt in schwieriger sozialer Situation leben müssen, und wie bewertet die Bundesregierung die Angebote des Vereins streetfootballworld und der ehemaligen Bundestagsvizepräsidentin, Dr. Antje Vollmer, für die Spieler zu bürgen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

5. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der nordrhein-westfälischen Landesregierung, deren Innovationsminister, Dr. Andreas Pinkwart, laut Medienberichten (Westfälische Rundschau vom 26. Juni 2006, vgl. auch Agenturmeldungen vom 25. Juni 2006) den Bau eines neuen Atomreaktors am Standort Jülich angeregt hat, und ist diese Position mit der Bundesregierung abgestimmt?
6. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge des Innovationsministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Andreas Pinkwart, bezüglich ihrer atomrechtlichen Konsequenzen und bezüglich der Diskussion um die Änderung der Restlaufzeiten?
7. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des stellvertretenden nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, Dr. Andreas Pinkwart, (Westfälische Rundschau vom 26. Juni 2006), dass der Thoriumreaktor eine zukunftsweisende Technologie sei?
8. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung den vom stellvertretenden nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, Dr. Andreas Pinkwart, (Westfälische Rundschau vom 26. Juni 2006) in die Diskussion gebrachten Bau eines neuen Reaktors in Nordrhein-Westfalen für notwendig, um 2020 eine sichere, wirtschaftliche und nachhaltige Energieversorgung zu garantieren?

9. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass das Bundesland Baden-Württemberg die Absicht verfolgt, den Atomkonsens aufzukündigen, wie gestern am 26. Juni 2006 die Umweltministerin des Landes, Tanja Gönner, bei einer Veranstaltung des Deutschen Atomforums e. V. in Berlin bekannt gegeben hat?
10. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie verhält sich die Bundesregierung zu diesem Sachverhalt?

Berlin, den 27. Juni 2006

